



GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE

Stellungnahme der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose zur Herbstprojektion 2021 der Bundesregierung

Gemäß § 2(2) Vorausschätzungsverordnung (EgVV) legt die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hiermit als unabhängige Einrichtung ihre Einschätzung der Herbstprojektion 2021 der Bundesregierung vor.

Ergebnis der Prüfung

Die Projektion der Bundesregierung erscheint vor dem Hintergrund der derzeitigen Informationslage plausibel. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose befürwortet diese Projektion.

Begründung des Ergebnisses

Die Herbstprojektion der Bundesregierung und Veränderungen gegenüber der Frühjahrsprojektion 2021

Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das laufende Jahr um 2,6% und für das Jahr 2022 um 4,1% (Tabelle 1). Für das Jahr 2023 rechnet sie mit einem Zuwachs um 1,6%. Damit revidiert die Bundesregierung ihre Frühjahrsprojektion insgesamt deutlich nach unten; damals ging sie von +3,5% im Jahr 2021 und +3,6% im Jahr 2022 aus.

Das Wachstum des Produktionspotenzials setzt die Bundesregierung für die Jahre 2021-2023 jeweils mit 1,1% an. Bis zum Jahr 2026 sinkt es auf 0,9%. Zwar ging die Bundesregierung im Frühjahr für dieses und das nächste Jahr noch von Raten von jeweils 1,2% aus. Allerdings schätzte sie gleichzeitig das Niveau des Produktionspotenzials im Jahr 2020 niedriger ein, sodass am Ende des mittelfristigen Projektionszeitraums das Produktionspotenzial weitgehend unverändert bleibt.

Einordnung der Herbstprojektion der Bundesregierung in das Spektrum vorliegender Prognosen und Bewertung

Die hier beurteilte Projektion der Bundesregierung entstand im Oktober 2021. Die als Vergleichsmaßstab herangezogenen Institutsprognosen wurden in der zweiten Septemberhälfte fertiggestellt; die Gemeinschaftsdiagnose wurde Mitte Oktober veröffentlicht.

Die Projektion der Bundesregierung für das Jahr 2021 liegt in der Spanne der Institutsprognosen. Die deutliche Abwärtsrevision gegenüber dem Frühjahr ist

ANSPRECHPARTNER

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Tel +49 345 7753 800
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

www.gemeinschaftsdiagnose.de

vor allem auf die Lieferprobleme im Verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen und spiegelt sich auch in den Prognoserevisionen der Institute und der Gemeinschaftsdiagnose wider. Die Bundesregierung geht offenbar davon aus, dass diese Probleme die Konjunktur noch längere Zeit belasten, sodass die Erholung im kommenden Jahr im Vergleich zu anderen Prognosen eher schwach ausfällt.

Bei einzelnen Prognosegrößen zeigen sich größere Unterschiede. Vor allem der Deflator des Bruttoinlandsproduktes nimmt mit 2,9% in diesem Jahr recht kräftig zu. Dieser Unterschied geht insbesondere auf den Deflator des Staatsverbrauchs zurück, der mit 3,8% mehr als doppelt so kräftig steigt als von den Instituten erwartet.

Aber auch die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates nehmen in diesem Jahr nach Ansicht der Bundesregierung mit 3,6% deutlich kräftiger zu als von den Instituten erwartet. Die Institute unterstellen, dass pandemiebedingte staatliche Mehrausgaben, etwa für die Impfkampagne oder kostenlos bereitgestellte Corona-Tests, bereits ab dem 2. Halbjahr 2021 auslaufen bzw. entfallen und sich deshalb die Dynamik beim Staatsverbrauch deutlich abschwächt. Zudem war der sehr kräftige reale Zuwachs beim Staatsverbrauch im zweiten Quartal 2021 durch die Wiederöffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen überzeichnet. In der Projektion der Bundesregierung nimmt der Staatsverbrauch dagegen in der zweiten Jahreshälfte 2021 nochmals deutlich zu und geht erst in den Folgejahren real zurück. Sofern, wie die Institute es annehmen, die Corona-bedingten Mehrausgaben, die den Staatsverbrauch seit dem zweiten Quartal 2020 angeregt haben, mit dem Auslaufen der Pandemie ab der zweiten Jahreshälfte 2021 allmählich entfallen, erscheint der von der Bundesregierung für das laufende Jahr unterstellte reale Zuwachs des Staatsverbrauchs von 3,6% sehr kräftig. Dieser hohe Zuwachs erklärt vermutlich auch die stärkere Gegenbewegung beim realen Staatsverbrauch im kommenden Jahr. Für das Jahr 2023 unterstellen die Institute anders als die Bundesregierung bereits wieder einen Anstieg der Konsumausgaben des Staates, der sich etwa durch Mehrausgaben infolge der Pflegereform, Personalaufstockungen in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Justiz und das Anlaufen investiver Maßnahmen ergibt.

Deutliche Unterschiede ergeben sich auch beim Arbeitsvolumen und der Stundenproduktivität im Jahr 2021. Die Bundesregierung rechnet mit einem Zuwachs der geleisteten Arbeitsstunden in diesem Jahr um 2,4%. Dies liegt um knapp 0,5 Prozentpunkte über dem Prognosespektrum der Institute, und sogar 1,0 Prozentpunkte über der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose. Dementsprechend liegt die Zunahme der Stundenproduktivität mit 0,2% deutlich unterhalb des Prognosespektrums.

Die Bundesregierung rechnet für die Jahre 2022 bis 2026 mit einem durchschnittlichen Wachstum des Produktionspotenzials von 1,0%; dies sind 0,2 Prozentpunkte weniger als in der Projektion der Institute. Der Unterschied lässt sich mit geringeren Beiträgen sowohl vom Faktor Arbeit als auch der totalen Faktorproduktivität (TFP) begründen, die mit Abweichungen der Kurzfristprognosen für

das Arbeitsvolumen aber auch unterschiedlichen Zyklusindikatoren für die Ableitung der TFP erklärt werden können.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose hält die genannten Abweichungen angesichts der bestehenden Unsicherheiten für vertretbar und befürwortet die vorgelegte Projektion.

Hintergrund

Die Europäische Union hat in der Verordnung (EU) Br. 473/2013 unter anderem festgelegt, dass die der EU vorzulegenden mittelfristigen nationalen Finanzplanungen und staatlichen Haushaltsplanungen auf makroökonomischen Prognosen basieren sollen, die von einer unabhängigen Einrichtung entweder erstellt oder befürwortet wurden. In Umsetzung dieser Verordnung hat der Deutsche Bundestag das „Gesetz über die Erstellung gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsgesetz – EgVG) (Bundesgesetzblatt Jahrgang 2017 Teil I Nr. 43, herausgegeben am 4. Juli 2017, S. 2080-2081) erlassen. In dessen § 3 wird das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine unabhängige Einrichtung zu bestimmen, die „über die für die Überprüfung der Vorausschätzungen erforderlichen Sachkenntnisse, Erfahrungen und Mittel verfügt“, um die Vorausschätzung der Bundesregierung zu überprüfen. In der „Verordnung über die Erstellung der gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung“ (Vorausschätzungsverordnung – EgVV) wird die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als unabhängige Einrichtung im Sinne von § 3 Satz 1 des EgVG bestimmt.

Nach § 2(2) der EgVV sollen die Institute der Gemeinschaftsdiagnose überprüfen, ob die Projektion der Bundesregierung „[...] unter Berücksichtigung der Informationen, die in die Vorausschätzung einfließen konnten, plausibel ist. Der Unsicherheit bei der Erstellung von Vorausschätzungen ist dabei Rechnung zu tragen. Zeitnah vorliegende gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen können bei der Beurteilung der Vorausschätzungen der Bundesregierung als Orientierung dienen.“

Tabelle 1**Herbstprojektion 2021 der Bundesregierung (Oktober 2021)**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Annahmen						
BIP-Wachstum Welt	5,9	4,9	3,6			
Ölpreis (Brent, USD/Barrel)	70,2	74,2	68,7			
Wechselkurs USD/Euro	1,19	1,17	1,17			
Makroökonomische Projektion						
BIP (nominal)	5,6	6,4	3,3			
BIP (preisbereinigt)	2,6	4,1	1,6			
Private Konsumausgaben	0,3	6,6	1,7			
Konsumausgaben des Staates	3,6	-0,5	-0,3			
Bruttoanlageinvestitionen	2,6	3,9	2,9			
Ausrüstungsinvestitionen	5,5	4,5	4,0			
Bauinvestitionen	1,4	3,2	2,2			
Investitionen in sonstige Anlagen	1,5	4,6	3,0			
Exporte von Waren und Dienstleistungen	8,6	6,3	3,7			
Importe von Waren und Dienstleistungen	9,2	7,1	4,1			
Inländische Verwendung ¹	2,5	4,1	1,5			
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ¹	0,8	0,0	0,0			
Außenbeitrag ¹	0,3	0,0	0,0			
BIP-Produktionspotenzial	1,1	1,1	1,1	1,0	0,9	0,9
Wachstumsbeitrag: Faktor Arbeit ¹	0,2	0,1	0,0			
Wachstumsbeitrag: Faktor Kapital ¹	0,4	0,5	0,5			
Wachstumsbeitrag: Totale Faktor Produktivität ¹	0,5	0,5	0,5			
Preise						
BIP-Deflator	2,9	2,3	1,7	1,8	1,8	1,8
Deflator des privaten Konsums	2,9	2,2	1,7			
Verbraucherpreisindex	3,0	2,2	1,7			
Deflator des Staatskonsums	3,8	2,0	1,5			
Deflator der Bruttoanlageinvestitionen	4,7	3,3	1,8			
Deflator der Exporte	4,7	3,1	1,0			
Deflator der Importe	6,4	3,5	1,0			
Arbeitsmarkt						
Erwerbstätigkeit (Inland)	0,0	1,0	0,5			
Arbeitsvolumen (in Std.)	2,4	2,8	0,9			
Arbeitslosenquote (BA)	5,7	5,1	4,9			
Bruttolöhne und -gehälter	3,6	4,6	3,2			
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	3,3	3,4	2,8			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen	2,6	3,0	1,1			
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde	0,2	1,2	0,7			

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Anlage**Zur Tabelle der Herbstprojektion 2021 der Bundesregierung im Kontext aktueller Prognosen vgl. [hier](#).****Wissenschaftlicher Ansprechpartner**

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
 Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de